

Kiel, 16. März 2022

Beantwortung der Wahlprüfsteine

- 1. Welchen Stellenwert hat die Handwerkspolitik in Ihrer Partei und wie wollen Sie den Mittelstand vor dem Hintergrund des Fachkräftebedarfs und der Herausforderungen des Klimawandels und der Digitalisierung stärken? Wo liegen dabei die Schwerpunkte? Wie stehen Sie zum Unternehmertum?***

Handwerksbetriebe leisten einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels. Wir wissen: Klimaschutz wird vom Handwerk gemacht. Ebenfalls ist das Handwerk für die regionale Wirtschaftsentwicklung und bei der bei der Ausbildung und Integration von jungen Menschen zentral. Durch eine Integrationsoffensive werden wir mehr Handwerker*innen ins Land holen und bei Frauen intensiver für das Handwerk werben. Wichtig ist auch die branchenorientierte Weiterbildung der Fachkräfte, um sie für neue berufliche Aufgaben zu qualifizieren, sowie das digitale Lernen in der Weiterbildung. Wir werden ein Landesprogramm zur Werbung von Auszubildenden auflegen und in die Ausbildungsinfrastruktur des Handwerks investieren. Es braucht zielgerichtete Ansprachen durch die Kammern in Schulen, auf Messen und bessere Möglichkeiten zum Quereinstieg. Ausbildung und Karrierewege im Handwerk müssen durch entsprechende Netzwerke unterstützt und die Anzahl an Schüler*innen ohne Berufsabschluss reduziert werden. Wir wollen die berufliche Orientierung ab der 7. Klasse bspw. durch den Ausbau beruflicher Praktika, durch den Besuch von Berufsberatung und Botschafter*innen der Kammern und durch die inhaltliche Bearbeitung im WiPo-Unterricht verbindlich einführen und Jugendberufsagenturen stärken. Wir setzen uns weiter für eine gebührenfreie Meisterprüfung ein und wollen Unternehmen bei einem Generationenwechsel unterstützen, schleswig-holsteinische Nachwuchskräfte zu rekrutieren und sie somit in unserem Land zu halten.

- 2. Wie wird sich Ihre Partei im Sinne der Erwartungen des Schleswig-Holsteinischen Handwerks für eine moderne, zukunftsfähige und verlässlich finanzierte duale Ausbildung einsetzen und wie soll die Handlungsfähigkeit der handwerklichen Bildungseinrichtungen in diesem Rahmen sichergestellt bleiben?***

Wir wollen die berufliche Orientierung in den allgemeinbildenden Schulen verstärken und die Jugendberufsagenturen ausbauen. Wir werden eine landesweite Schulentwicklungsplanung für die beruflichen Schulen einführen und in „kritischen Berufsfeldern“ kleine Klassen ermöglichen, damit sich der Nachwuchsmangel nicht dadurch verschärft, dass zuständige Berufsschulen schlecht erreichbar sind. Das Ziel muss es sein, dass jeder Schulabsolvent, eine duale Berufsausbildung oder ein Studium in SH beginnen kann. Wir prüfen die Gründung einer beruflichen Hochschule nach Hamburger Vorbild.

Wir setzen uns für die Realisierung des Projekts „Trave-Campus“ ein. Die in Lübeck angesiedelte Beschulung von Berufsschüler*innen und die überbetriebliche Ausbildung sollen auch nach einem räumlichen Wechsel uneingeschränkt fortgesetzt werden.

Wir wollen besonders für die Handwerksberufe werben, die wir für den Klimaschutz dringend brauchen.

3. Welche weiteren Maßnahmen sind aus Sicht Ihrer Partei geboten, um die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung sicherzustellen? Welche Instrumente wird ihre Partei anwenden, um die bestmögliche Aus- und Weiterbildung zu gewährleisten?

Das Übergangssystem muss für diejenigen, die nicht sofort in die duale Ausbildung wechseln können, gestärkt werden. Auch die beruflichen Schulen und RBZ müssen eine 100%ige Unterrichtsversorgung bereithalten. Die SHIBB-Gründung wurde unter unserer Regierungsverantwortung beschlossen. Es war falsch die Zuständigkeit für die beruflichen Schulen und das SHIBB von der für die allgemein bildenden Schulen zu trennen. Wir werden die Zuständigkeit für alle Schulen einschließlich des SHIBB im Bildungsministerium zusammenführen. Das SHIBB muss gestärkt werden, um die Attraktivität der beruflichen Bildung effektiver an die Jugend zu vermitteln. Wir werden die Kommunen dabei unterstützen, dass es in allen Kreisen und kreisfreien Städten jeweils mindestens eine Jugendberufsagentur gibt und die Modernisierung der RBZ fördern. Wir wollen die Auszubildenden durch ein „Auszubildendenwerk“ nach dem Vorbild des Studentenwerks unterstützen, mit dem bezahlbarer Wohnraum und ein Ticket für Azubis ermöglicht wird.

4. Welche Maßnahmen und Instrumente sieht Ihre Partei vor, um den Sanierungsstau in öffentlichen Einrichtungen (Schulen, Behörden, Sportstätten, Schwimmhallen etc.) abzubauen und gleichzeitig die regionale Auftragsvergabe zu stärken?

Mit IMPULS 2030 haben wir bereit in der Küstenkoalition ein breit angelegtes Milliardenprogramm zur Sanierung der Infrastruktur im Land aufgelegt. Mittel um den Sanierungsstau abzubauen, sind also ausreichend vorhanden. Die Jamaika-Koalition hat es jedoch nicht geschafft, die vorhandenen Mittel auch zielgerichtet auszugeben. So wurden allein 2019 rund 42% der veranschlagten Mittel nicht verwendet oder abgerufen. Hier müssen dringend Förderbedingungen angepasst und Prioritäten klarer gesetzt werden. Allein bei der energetischen Sanierung der Landesliegenschaften und bei den Krankenhäusern sehen wir hohe Defizite, aber auch an den Schulen und den Schwimmsportstätten. Es fehlt aber häufig für die Umsetzung an Kapazitäten des Handwerks und der Bauwirtschaft. Deshalb werden wir ein Landesprogramm zur Werbung von Auszubildenden im Handwerk auflegen und in die Ausbildungsinfrastruktur investieren. Darüber hinaus werden wir auch durch eine Integrationsoffensive mehr Handwerker*innen nach

Schleswig-Holstein holen. Dies wird auch die Möglichkeiten verbessern, Aufträge regional zu vergeben.

- 5. *Wie soll nach Auffassung Ihrer Partei der Verkehr der Zukunft aussehen und wie muss entsprechend die öffentliche Infrastruktur ausgebaut werden, um einen leistungsfähigen Wirtschaftsstandort mit einer hohen Lebensqualität verbinden zu können? In welcher Höhe stellen Sie dafür Mittel bereit?***

Der Verkehr der Zukunft muss schnell, bezahlbar und klimafreundlich sein, der gemeinsam mit Bund, Kommunen sowie Unternehmen organisiert werden muss. Die Feste Fehmarnbeltquerung, die A20 inkl. einer Elbquerung bei Glückstadt, der Ausbau der B5, der weitere Ausbau der A21 und ein Ersatz der Rader Hochbrücke sehen wir als die zentralen Infrastrukturvorhaben. Wichtig ist eine deutliche Angebotsausweitung im ÖPNV, die weitere Elektrifizierung von Schienenstrecken, die Beschleunigung und der qualitative Ausbau von Strecken und Reaktivierung von Bahnstrecken. Im ländlichen Raum setzen wir auf die sinnvolle Kombination von Bus, Bahn, Radverkehr und Elektromobilität und werden mit einer Landesinfrastrukturgesellschaft ein flächendeckendes Netz an E-Ladesäulen sicherstellen. Gemeinsam mit den Kommunen werden wir in aktuelle wie auch zukünftige digitale Infrastruktur investieren und flächendeckend neben Glasfaser, 5G, kostenfreies WLAN und alle kommenden digitalen Innovationen kostengünstig anbieten.

- 6. *Welchen Ansatz werden Sie mit Blick auf den Klimaschutz und die Umstellung auf erneuerbare Energien im Gebäudesektor verfolgen? Werden Sie die Modernisierungen anreizende Förderkulisse ausbauen, umbauen oder ergänzen und wenn ja, wie? Wie soll die Grundsteuer berechnet werden?***

Auf Dachflächen, Industrieanlagen und -gebäuden kann Solarenergie einen wichtigen Beitrag zu Klimaschutz und Energiewende leisten. Solarstrom, kombiniert mit einem Speicher wird für private Haushalte künftig günstiger als der klassische Strom aus dem Netz. Um alle in Schleswig-Holstein von der technischen Entwicklung profitieren zu lassen, werden wir den Bau von PV unterstützen. Bestehende KfW-Programme ergänzen wir durch ein 100.000-Dächer-Programm, das Förderlücken bei finanziell schwachen Haushalten schließt und wir arbeiten mit Stadtwerken und Co. bei Leasing- und Pachtmodellen zusammen. Außerdem unterstützen wir Bürgersolar- und Bürgerwindparks. Beim Neubau von Gebäuden und Parkplätzen werden wir PV verpflichtend machen und alle geeigneten landeseigenen Gebäude damit ausstatten.

Ein Wechsel des Grundsteuermodells zum jetzigen Zeitpunkt würde die rechtssichere Umsetzung massiv gefährden. Wir werden deshalb das Bundesmodell beibehalten.

- 7. *Welche mittelstandsorientierten Maßnahmen planen Sie im Sinne einer effizienten Verwaltung zu ergreifen und welche Maßnahmen halten Sie dabei für so akut, dass Sie sie für eine spürbare Entbürokratisierung von Verwaltungsprozessen sofort umsetzen wollen?***

Wir wollen die Innovationskraft neuer, junger Unternehmen und die Erfahrung bestehender Unternehmen aus Schleswig-Holstein nutzen, um die Digitalisierung und Modernisierung der öffentlichen Verwaltung zu beschleunigen. Gemeinsam mit der Zivil- und Privatgesellschaft wollen wir neue Lösungen für die öffentliche Verwaltung

entwickeln. Wir werden hierzu die Daten der Verwaltung öffnen. Für interessierte Unternehmen werden wir die Möglichkeiten zur

Zusammenarbeit mit der Verwaltung vereinfachen und zusätzliche Mittel für das gemeinsame Erarbeiten von Modernisierungslösungen bereitstellen. Dazu gehört für uns auch, die Kommunikation mit und Antragsverfahren bei Ämtern und Behörden durch digitale Prozesse zu vereinfachen und zu beschleunigen. Staat und Verwaltung müssen genauso Innovationstreiber werden wie unsere Unternehmer*innen. Wir wollen unsere Wirtschaft robuster und krisenfest gestalten sowie Genehmigungs- und Planungszeiten reduzieren.

8. *Wie will ihre Partei das Handwerk als Anker der regionalen Wirtschaftsstruktur insbesondere im ländlichen Raum stärken? Welche Ziele verfolgt ihre Partei in der Wohnungsbaupolitik und wie wollen Sie sicherstellen, dass Wohnraum bezahlbar bleibt?*

Wir wollen die Attraktivität der dualen Ausbildung erhöhen, um die Wirtschaftsstruktur in der Region zu sichern. Die nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft und Infrastruktur ist eine der Herausforderungen im ländlichen Raum.

Unser Ziel ist, allen Schleswig-Holsteiner*innen angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen. Deswegen werden wir in den nächsten zehn Jahren für 100.000 neue Wohneinheiten sorgen. Durch Neubau und Sanierung müssen jährlich alleine mindestens 4.000 sozial gebundene Wohnungen entstehen. Eine Erhöhung der Baukostenzuschüsse im sozialen Wohnungsbau ist deshalb notwendig. Wir wollen die Kommunen so aufstellen, dass wirkungsvoll auf den lokalen Wohnungsmarkt einwirken und Bedarfe gezielt selbst decken können. Wir werden deshalb kommunale Wohnungsbaugesellschaften fördern und eine Landesinfrastrukturgesellschaft aufbauen, die hilft, Flächen für den Wohnungsbau zu erschließen. Die Abschaffung der Mietpreiskapppung und der Kappungsgrenzenverordnung haben wir von Anfang an kritisiert. Wir werden nach der Wahl beide Verordnungen wieder in Kraft setzen. Darüber hinaus muss die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erschwert werden, indem der sogenannte Umwandlungsstopp auch in Schleswig-Holstein anwendet wird.

Wir verweisen darüber hinaus auf das Positionspapier „Wohnen ist Daseinsvorsorge“ auf der Homepage der SPD-Landtagsfraktion unter <https://www.spd-fraktion-sh.de/downloads/wohnen-ist-daseinsvorsorge/>